



ONLINE

DOKUMENTATION

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Februar 2018

Dr. Marco Arndt, Maja Eib,
Philipp Lerch

www.kas.de/kommunalpolitik

„Baut mit Weisheit – erhaltet mit Verstand!": Orte des Erkennens, immaterieller Städtebau und unterscheidbare Codes für die „Stadt der Zukunft“

Auf einer Fachtagung der [KommunalAkademie](#) in Erfurt beschäftigten sich über 30 Mitglieder des [Beirates Kommunalpolitik](#) und des [Günter-Rinsche Kreises](#) der Konrad-Adenauer-Stiftung mit der „Zukunft der Stadt“. Anschließend diskutierten sie mit 100 Kommunalverantwortlichen aus Thüringen über Städtebau, Denkmalschutz, Infrastruktur und Mobilität für Identität und Heimat stiftende Städte, Gemeinden und Kreise.

Landrat a.D. Frithjof Kühn, stellvertretender Vorsitzender des Beirates Kommunalpolitik der Konrad-Adenauer-Stiftung, begrüßte die Teilnehmerinnen und Teilnehmer im Augustinerkloster Erfurt, einem Kulturdenkmal, dessen Ursprünge auf das 13. Jahrhundert zurück reichen. Nicht ganz so tief in die Geschichte blickte Minister a.D. Franz Schuster, Vorsitzender des Günter Rinsche-Kreises der Konrad-Adenauer-Stiftung – er fokussierte vielmehr die frühen 1990er Jahre und bewertete insbesondere die wirtschafts- und kommunalpolitischen Entscheidungen in dieser Zeit als relevant. Wegweisend für eine positive Entwicklung der Städte und Regionen in Thüringen seien nicht zuletzt die Weichenstellungen für eine moderne Infrastruktur gewesen, wie sich in vielerlei Hinsicht an der „ICE-Stadt“ Erfurt ablesen lasse. In besonderer Weise hob er die Leistungen der Landesentwicklungsgesellschaft hervor. Heute angedachte Kreisgebietsreformen sah Schuster dagegen kritisch, da Vergrößerungen regelmäßig gewachsene Identität beeinträchtigen und das Zusammengehörigkeitsgefühl der Menschen irritieren.

Ministerin a.D. Marion Walsmann MdL, Mitglied des Erfurter Stadtrates, erinnerte an die „gerettete Stadt“ Erfurt: Zum Glück habe der DDR das Geld für den geplanten großflächigen Abriss der Altstadt gefehlt. Nach 1990 sei durch bürgerschaftliches Engagement sowie erhebliche Investitionen von staatlicher und privater Hand die historische Substanz erhalten worden. Erfurt zeige sich heute in einem einmaligen Zustand, wie er niemals zuvor angetroffen werden konnte und wohl auch in Zukunft nicht mehr zu besichtigen sein wird. Sie mahnte gleichwohl, Denkmalschutzaufgaben nicht zu streng ausulegen. Denkmäler müssten belebt und genutzt werden können, sonst verfielen sie erneut. Denkmalbehörden sollten, so der Konsens im Beirat Kommunalpolitik und im Günter Rinsche-Kreis, keine „Bauverhinderungs-Behörden“ sein, wie es Oberbürgermeister a.D. Dr. h.c. Martin Biermann am praktischen Beispiel der bedeutenden Fachwerk Altstadt seiner Heimatstadt Celle verdeutlichte.

Bürgermeister a.D. Bernhard Kaster, Mitglied des Bundestages von 2002 bis 2017 und ehemaliger Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, referierte über die Zukunft urbaner Mobilität. Je jünger das Durchschnittsalter der Einwohner sei, desto mehr sei ein Trend weg vom (eigenen) KFZ zu erkennen. Moderne und flexible Mobilitätsangebote in der Stadt und für das Umland seien zunehmend harte Standortfaktoren von Kommunen. Insgesamt seien die Menschen, auch ältere, deutlich mobiler geworden. Neben Formen des Car-Sharings gelte es insbesondere, Angebot und Nachfrage beim ÖPNV passgenau zu regeln, Apps zu entwickeln, überregionale Mobilitäts-Plattformen vorzuhalten und digitale Bezahlsysteme zu etablieren. Beirat Kommunalpolitik und Günter Rinsche-Kreis diskutierten in diesem Zusammenhang über die Entwicklung des Online-Handels, den zunehmenden



Warentransport und entsprechende Auswirkungen auf Innenstädte, Warensortimente und Verkehre. Bürgermeister a.D. Peter Götz, Mitglied des Deutschen Bundestages von 1990 bis 2013 und ehemaliges Mitglied im Europarat, entwickelte Gedanken zu den Potentialen und Entwicklungschancen ländlicher Räume. Er rief in Erinnerung, dass auf dem so genannten Land alleine in Deutschland über 47 Millionen Menschen lebten und hier immerhin zwei Drittel der Arbeitsplätze angesiedelt seien. „Das Land“ benötige schon deshalb eine eigene, individuelle Politik, dürfe aber gleichwohl nicht getrennt von der Stadt fortentwickelt werden.

Zwischen ländlichen Regionen in der Nähe von Oberzentren und solchen ohne Anbindung an große Städte oder Infrastruktur-Achsen müsse sorgsam unterschieden werden. Ersteren gehe es zumeist gut; letztere, nicht nur im Osten Deutschlands, bluteten nicht selten durch Abwanderung und Auswirkungen des demografischen Wandels aus. Hier erreichten, Stand heute, über neun Mio. Menschen fußläufig kein ÖPNV-Angebot. Götz mahnte einen besseren ÖPNV, Bring-Dienste, den Ausbau des Internets, die Entwicklung des Tourismus und zukunftsfähige Formen bürgerschaftlichen Engagements als Gegenmaßnahmen an.

Der Tag endete mit einem öffentlichen Forum des Politischen Bildungsforums Thüringen und der KommunalAkademie der Konrad-Adenauer-Stiftung, an dem über 100 Kommunalverantwortliche aus ganz Thüringen teilnahmen. Dr. Gerd Landsberg, Hauptgeschäftsführer und geschäftsführendes Präsidialmitglied des Deutschen Städte- und Gemeindebundes (DStGB), wies auf einen nach wie vor existenten enormen Investitionsrückstand in einigen Kommunen hin. Ohne die hohen Sozialausgaben der Städte in Frage stellen zu wollen, seien diese, für sich genommen, noch keine ausreichende Zukunftsinvestition. Er forderte mehr Eigenverantwortung der Bürgerinnen und Bürger sowie weniger staatlich „betreutes“ Leben.

Angesichts der Digitalisierung seien Daten das Öl des 21. Jahrhunderts. Kommunen und ihre Verwaltungen hätten hier mit Blick auf den Datenschutz eine nicht zu unterschätzende Verantwortung, aber in erster Linie große Potentiale, Daten im Sinne des Gemeinwohls und zum Nutzen ihrer Stadt, ihrer Gemeinde oder der Region zu verwenden. Bestehende Unterschiede zwischen Stadt- und Landleben könnten durch eine sinnvoll gestaltete Digitalisierung geringer werden, illustrierte Dr. Landsberg an Praxisbeispielen der Arbeitswelt in den Städten und Gemeinden. Landrat Konrad Gießmann erläuterte am Beispiel seines Heimatkreises Gotha, wie es auch größeren kommunalen Gebietskörperschaften gelingen kann, Identität zu stiften. Voraussetzung sei dabei aber stets ein umgrenzter Raum und eine Tradition. Gotha habe darüber hinaus mit seiner Residenz einen eindeutig definierten Mittelpunkt, ein spürbares Zentrum. Menschen, die stolz auf ihre Region sind, fördern automatisch deren Identität, unterstrichen sowohl Landrat Gießmann als auch die Mitglieder des Beirates Kommunalpolitik und des Günter Rinsche-Kreises der Konrad-Adenauer-Stiftung, darunter Oberbürgermeister Marcel Philipp aus Aachen. Städte müssten sich, so Philipp in diesem Kontext, zur Identitätsfindung auf einen Markenkern beschränken. Dies falle nicht immer leicht: Aachen beispielsweise sei historisch unbestreitbar sehr bedeutsam und habe seiner europäischen Geschichte viel zu verdanken, sei aber zugleich eine ausgesprochen moderne und an ihrer Zukunft orientierte Stadt, was sie in besonderer Weise für junge Menschen attraktiv mache.

Stadtbaurätin a.D. von Essen, Dr.-Ing. Irene Wiese-von Ofen, hob in einer sehr persönlichen Dinner Speech hervor, wie sehr es in den Städten auf „Schönheit“ und „Ästhetik“ von Gebäuden und Ensembles ankomme. Schon in frühen Kindheitstagen sei ihr klar geworden, dass diese Aspekte Identität stiften und Heimat bilden. Als Stadtbaurätin von Essen war Dr. Wiese-von Ofen Anfang der 1990er Jahre mitverantwortlich für die Renovierung des historischen Kaisersaales in Erfurt – eine Zeit, in der sie viel zugehört, erfahren und erlebt habe. Heute stelle sie sich insbesondere die Frage, wie mit Blick auf die weltweite Bevölkerungszunahme und Verstädterung „den planenden Kollegen in Afrika, Asien oder Südamerika“ noch stärker mit Wissen, Lösungsvorschlägen und praktischer Unterstützung unter die Arme gegriffen werden könne. Immerhin läge hier, so Dr. Wiese-von Ofen, die Zukunft der Städte mit 10 bis 20 Millionen Einwohnern.

Stadtbaurat a.D. Sigurd Trommer, ehemaliger Präsident der Bundesarchitektenkammer, griff am folgenden Tag die Frage nach der Identität einer Stadt wiederum sehr grundsätzlich auf. Er forderte einen „immateriellen Städtebau“; Menschen müssten sich eine Stadt seelisch einverleiben können. Die Stadtstruktur müsse einen eigenen Charakter entwickeln, da man in der Globalisierung der ständigen Gefahr ausgesetzt sei und konsequent widerstehen müsse, zu



vereinheitlichen. Hier ging er u.a. auf das „Material“, die „Ansicht“, den „Stil“ und die „Proportion“ von Städten ein. Es gelte, für jede einzelne „Stadt der Zukunft“ einen unterscheidbaren „Code“ zu entwickeln. Dieser müsse einen Bezug zur Geschichte und zur Region haben. „Orte des Erkennens“ spielten dabei eine besondere Rolle, weshalb sie geschaffen, bewahrt und tradiert werden müssen. Ähnlich wie Walsmann forderte Trommer, dass die Nutzung denkmalgeschützter Gebäude nicht zu eng eingegrenzt wird: In Anlehnung an das Alte Testament, wo es heißt „Durch Weisheit wird ein Haus gebaut – und durch Verstand erhalten“ (Spr. 24, 3), gab Trommer die Losung aus: „Baut mit Weisheit und erhaltet mit Verstand!“.

Der Landesvorsitzende des VDK-Sozialverbandes Hessen-Thüringen e.V., Bürgermeister a.D. und Präsident des Hessischen Städte- und Gemeindebundes a.D. Paul Weimann, zeigte sich in seinem Vortrag besorgt über prekäre, mitunter aussichtslose soziale Situationen vieler Menschen. Kommunalpolitiker, die sich für die Zukunft der Stadt engagieren, dürften weder die das Problem der Altersarmut unterschätzen, noch die Herausforderung der Obdachlosigkeit außer Acht lassen und schon gar nicht den Umstand, dass in Deutschland weiterhin zwei Millionen Kinder auf Hartz IV-Leistungen angewiesen seien, auf die „leichte Schulter nehmen“. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer hoben in diesem Zusammenhang die tragende Rolle ehrenamtlichen und auf das Gemeinwohl orientierten Engagements in den Städten, Gemeinden und Kreisen hervor.

Bei einem professionell geführten Rundgang durch das historische Andreasviertel wurde ausgiebig über die kommunalpolitische Praxis im Spannungsfeld von „Bewahrung und Modernisierung“ gesprochen. Die Tagung klang schließlich mit einem Austausch über die anstehende Bundesgartenschau 2020/21 in Erfurt aus. Als Gesprächspartner standen Oberbürgermeister a.D. Manfred Ruge sowie weitere Vorstandsmitglieder des Fördervereins „Freunde der Bundesgartenschau Erfurt 2021 e.V.“ zur Verfügung. Die Mitglieder des Beirates und des Günter Rinsche-Kreises sahen große Chancen für die Stadtentwicklung Erfurts, aber auch für seine Profilierung als attraktives Reiseziel.